

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 17.04.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:23 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Risius, Andrea

FDP-Fraktion

Fooker, Ralf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziol, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Jacobs, Marion
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Fekken, Okka
Kühl, Eckhard
Ludolph-Dawe, Karin
Ouedraogo, Abdou
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede

ab 17:07 Uhr

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Frein, Markus
Lücht, Richard
Pelzer-Reuter, Silke

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Bornemann, Bernd

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder sowie Verpflichtung beratender Mitglieder gem. § 28 NGO

Frau Grix nimmt die Verpflichtung des stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes Helga Kruse und des beratenden Mitgliedes Ralf Dietz gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.02.2007

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.02.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 3. Ausbaustufe nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz;
- Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung
Vorlage: 15/0256

Frau Schrader stellt ergänzend zur Vorlage die 3. Ausbaustufe nach dem Tagesbetreuungs-
ausbaugesetz in Emden vor. Ihrer Meinung nach sei die Kinderbetreuung in Tageseinrichtun-
gen im Augenblick ein politisch sehr breit diskutiertes Thema, dessen unterschiedliche Aspekte
auch kommunalpolitisch immer wieder aufgegriffen würden. Weiter gibt sie einen kurzen Aus-
blick auf die 4. Ausbaustufe.

Sie bittet die Anwesenden, eine kleine Änderung in der Anlage 2 zur Vorlage vorzunehmen. Es
würden nicht 390 Kinder, sondern 457 Kinder aus den Kindertageseinrichtungen in die Schule
wechseln, sodass man davon ausgehe, dass es zurzeit in Emden 506 Schulanfänger für das
neue Schuljahr gäbe.

Anschließend erläutert Frau Schrader die Vorlage im Einzelnen.

Frau Grix bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Auf die Frage von **Frau Meyer**, ob zusätzliches Personal eingestellt werde, antwortet **Frau
Schrader**, die Träger hätten deutlich signalisiert, dass sie die zusätzlichen Stundenkontingente
mit den bestehenden Mitarbeiterteams bewältigen könnten.

Frau Meinen bemerkt, wenn sich das Regenbogenhaus der AWO verändere, müsse auch der
Kinderschutzbund sein Krippenangebot erweitern und die freigewordenen Räume der AWO
ausbauen.

Frau Schrader betont, die konkreten Planungsschritte der AWO und auch des Fachdienstes
seien von der Entscheidung des Jugendhilfeausschusses abhängig. Noch seien keine konkre-
ten Maßnahmen eingeleitet worden. Der Fachdienst müsse prüfen, welche Erweiterungsmög-
lichkeiten sich aus den geplanten Veränderungen für den Kinderschutzbund ergäben.

Herr Kühl ergänzt, wenn man sich die Bedarfszahlen und die Warteliste ansehe, dürfe mit die-
sem Ausbauschnitt nicht halte gemacht werden. Dieses sei sozusagen ein kleiner Vorgriff auf
die 4. Ausbaustufe.

Herr Schild fragt an, wie sich die Verwaltung zu dem Fehlbedarf von etwa 200 Plätzen äußere
und welche Ideen sie habe, diese zu schaffen.

Frau Schrader entgegnet, die 350 Plätze würden mit Sicherheit für die Bevölkerung in Emden
eine sehr solide Versorgung bieten, sie würden aber nach dem jetzigen Kenntnisstand nicht den
Bedarf wirklich decken. Es könne nicht darum gehen, im Rahmen der Kindertagesstättenbe-
darfsplanung für jedes vorhandene Kind einen Betreuungsplatz anzubieten, sondern Betreu-
ungsplätze dort zur Verfügung stellen, wo Erziehungsberechtigte den Bedarf nach Betreuung
haben. Mit Sicherheit sei in den nächsten Jahren noch einiges an Ausbaurbeit zu leisten. Al-
lerdings könne man davon ausgehen, dass durch die ergänzenden Angebote im Rahmen der
Kindertagspflege und mit Blick auf den auch in Emden zu verzeichnenden Geburtenrückgang
ein bedarfsgerechtes Angebot möglich sei.

Herr Schild erkundigt sich, welche Zahlen bis zum Jahr 2010 zugrunde gelegt werden könnten.

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Kühl antwortet, mit einem Versorgungsgrad von über 13 % für die Betreuung von unter Dreijährigen liege Emden durchaus im Landesdurchschnitt auf der Habenseite. Von den 78 Kindern, die im Moment in den Krippen gemeldet seien und nicht versorgt werden könnten, würden 15 weitere in einer neuen Gruppe versorgt werden. Obwohl die Forderungen vom Land gestellt würden, müssten die Kommunen den Bereich selber ausbauen. Auch sei es immer sehr schwer, den Betreuungsbedarf von Kindern festzustellen, die nicht geboren seien. Er hoffe aber, dass die Stadt Emden bis zum Jahre 2010 noch einen Schub hinsichtlich des Ausbaus der Plätze zulegen könne.

Herr Lutz erläutert, das Tagesbetreuungsausbaugesetz sei offiziell dadurch begründet worden, dass die Kommunen durch den Wegfall der Sozialhilfe entlastet würden. Diese Entlastung sollte dazu genommen werden, die Kindertagesstätten auszubauen. Die von dem von Seiten des Bundes den Kommunen zugesagten 2,5 Mrd. € sei bisher so gut wie nichts angekommen.

Weiter führt er aus, auch der Geburtenrückgang in der Stadt Emden von fast einem Drittel mache sich bereits bemerkbar und werde sich in den nächsten Jahren bei der Nachfrage bei den Kindergartenplätzen und auch bei den Schulen immer stärker auswirken.

Herr Fooker betont, er könne nur befürworten, dass Einrichtungen geschaffen würde, die für eine Kinderbetreuung sorgten. Doch sei es wichtig, nicht nur Betreuungsangebote zu schaffen. Inzwischen sei es in vielen Fällen sinnvoller, die Kinder frühzeitig aus dem Elternhaus herauszuholen und tagsüber sinnvoll zu betreuen. Man müsse sich darüber klar sein, dass die Kosten, die durch eine erhöhte Kinderbetreuung anfielen, mittel- bzw. langfristig eingespart würden.

Herr Lutz entgegnet, hier könne nun diskutiert werden, ob es sinnvoller sei, dass die Kommunen das Angebot machten, die Kinder zu betreuen oder ob eine Art Kindergartenpflicht eingeführt werden sollte. Obwohl die Eltern nicht verpflichtet seien, die Kosten für einen Kindergartenplatz zu bezahlen, wenn sie dazu nicht in der Lage seien, gäbe es keine 100-%ige Anmeldung der Kinder.

Herr Schild stellt fest, dass sowohl auch Quantität als auch Qualität mit den vorhandenen Haushaltsmitteln überhaupt nicht erreicht werden könne. Der Rat müsse beschließen, die nötigen Mittel umzuschichten, um die Notwendigkeit einer qualitativen und quantitativen Forderung gerecht zu werden.

Herr Grix betont, das Angebot könne zwar erweitern werden, doch damit werde nicht sichergestellt, dass die Eltern diese Plätze auch annehmen würden. Dadurch entstünden dann freie Plätze. Er berichtet von den Schwierigkeiten mit den Eltern, die zwar ihr Kind in den Kindergarten anmeldeten, aber nach drei bis vier Monaten immer noch keinen Antrag auf einen Freiplatz gestellt hätten. Am Ende verblieben diese Kosten, die nicht erstattet würden, beim Träger. Man müsse darüber nachdenken, wie Lösungen entwickelt werden können. Denn gerade diese Kinder hätten den Kindergartenbesuch am nötigsten.

Herr Kühl stellt fest, es werde sehr deutlich, dass man einen viel höheren Bedarf habe. Wenn nunmehr das Tempo forciert werde, dann müssten auch die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Vorhandene Gebäude müssten bestmöglichst ausgenutzt werden. So entstünden auch für die Anmietung eines Gebäudes in der Ringstraße zusätzliche Kosten. Doch wenn man einen richtigen Schritt machen wolle, dann müsse man auch investieren. In den vergangenen Jahren sei dieses jedoch keine Diskussion gewesen, da der kommunale Haushalt überhaupt keine Mittel hergab.

Herr Schild ist der Meinung, dass diese Diskussion nicht dort anfangen bzw. enden dürfe, wo es nur um Kindergartenplätze gehe. Sie müsse noch viel weiter geführt werden. Die Problematik in der Gesellschaft sei, dass man mit der Betreuung bereits mit den jungen Eltern anfangen

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

müsse. Es stelle sich eine ganz neue Problematik, sodass es mit den Kindergartenplätzen allein nicht mehr getan sei. Die Art der Betreuung müsse man auf einen gesellschaftlichen breiten Boden stellen.

Herr Grix hat an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Ja: 8	Nein: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 1
-------	---------	-----------------	-------------

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt

1. den Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige fortzusetzen und das Angebot für diese Altersgruppe um mindestens 15 Plätze zu erhöhen
2. das Angebot für Grundschüler in Hortgruppen um eine kleine Hortgruppe mit bis zu 12 Plätzen für Kinder von der Einschulung bis einschließlich vierzehntes Lebensjahr zu erweitern
3. ab Sommer 2007 die Kindertagespflege (gem. SGB VIII §§ 22-24) als flexibles Betreuungsangebot anzubieten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Einrichtung und Ausbau von Kindertagespflege in Emden;
- Konzept und Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms "Familien mit Zukunft"
Vorlage: 15/0257

Frau Schrader erläutert die Maßnahmen, die im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms „Familien mit Zukunft – Kindern fördern und betreuen“ umzusetzen seien. Bereits in den vergangenen Sitzungen habe der Jugendhilfeausschuss das Landesprogramm diskutiert und darauf hingewiesen, welcher enormer Bedarf im Bereich der Betreuung von Kindern und dem Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder sehen sei.

Weiter erklärt sie, in Emden werde man ab dem neuen Schuljahr die Möglichkeit haben, mit zwei Modellprojekten im Rahmen des Brückenjahres den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule für die Kinder gewinnbringender zu gestalten und die Verzahnung der Bildungsarbeit mit den Grundschule voranzutreiben. Nach anfänglicher Diskussion zeichnet es sich nunmehr ab, dass Emden durchaus die Möglichkeit haben werde, ein kleines Beraterteam einzurichten, das koordinierend für die Modellprojekte und die anderen Grundschulen und Kindertagesstätten tätig werden könne. Hier sei an eine Kooperation zwischen einer Lehrkraft aus der Pestalozzischule und der Kindertagesstätte Barenburg gedacht. Eine umfassende Information zu diesem Programm könne auch in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen.

Eine zweite Säule des Landesprogramms sei die Förderung im Bereich der Kindertagespflege über das Sozialministerium. Frau Schrader erläutert dann die Möglichkeiten, die das Ministerium den öffentlichen Jugendhilfeträgern anbiete, um den Bereich der Kindertagespflege in den Kommunen auszubauen. Ein weiterer Punkt, der aus dem Landesprogramm gefördert werden könne, sei die Qualifizierung von Tagespflegepersonen. In Emden sei keine ausreichende Anzahl von qualifizierten Tagespflegepersonen in einer Datei abrufbar. Aus diesem Grunde bestehe dringender Qualifizierungsbedarf.

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Abschließend schlägt Frau Schrader als letzten Baustein in der ersten Projektphase vor, dass Modellprojekte im Rahmen der Ferienbetreuung erprobt würden. Auch dort bestehe in Emden akuter Ausbaubedarf. Die Betreuungsangebote sollten unterschiedlich für die entsprechenden Altersgruppen erprobt werden.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Fooken führt aus, die FDP-Fraktion habe bereits im Sommer 2006 auf die sich abzeichnenden Fördermöglichkeiten aufmerksam gemacht und gebeten, die entsprechenden Anträge an die Landesregierung zu stellen. Daher werde er dieser Vorlage inhaltlich voll zustimmen.

Frau Meyer hält die Vernetzung und Zusammenarbeit für wichtig. Sie fragt an, welche Qualifizierung die Tagespflegepersonen haben müssten und wie sie bezahlt würden.

Frau Schrader antwortet, für die Qualifizierung gäbe es unterschiedliche Empfehlungen. Es habe sich durchgesetzt, nach einem Curriculum des Deutschen Jugendinstitutes in München zu qualifizieren. Die Grundqualifizierung umfasse 160 Unterrichtsstunden und beinhalte neben der Entwicklungspsychologie alltagsgemäßer Förderung, Ernährung, Bewegungsangebote, Beschäftigungsangebote für Kleinkinder auch den rechtlichen Rahmen im Bereich Aufsichtspflicht und Versicherung. Es handele sich hierbei allerdings um eine Basisqualifikation, die auf keinen Fall mit der Qualifizierung der Erzieher/Erzieherinnen gleichzusetzen ist. Zusätzlich habe das Jugendinstitut ein Curriculum für erfahrene Tagesmütter mit einem Umfang von 52 Stunden entwickelt, die bisher aufgrund der alten Gesetzeslage noch ohne Qualifikation tätig sein konnten.

Weiter führt sie aus, die Bezahlung im Bereich der Kindertagespflege orientiere sich an den Richtlinien der umliegenden Landkreise. Es sei geplant, einen Förderbetrag von 2,50 € pro Kind und Betreuungsstunde vorzuschlagen. Kindertagespflegepersonen in Niedersachsen könnten bis zu fünf Kinder gleichzeitig betreuen.

Herr Schild kann nicht nachvollziehen, dass sich Personen 160 Stunden fortbilden lassen müssten, um dann 2,50 € zu verdienen.

Frau Fekken betont, die Bezahlung sei durchaus üblich. Sie sei jedoch der Stadt Emden dafür dankbar, dass sie dafür plädiere, die Erziehung und Betreuung über die Institutionen laufen zu lassen und das Tagsmüttermodell eher als eine Notlösung zu sehen. Sie fragt an, was unter dem Begriff „Sonderbetreuung“ zu verstehen sei und ob es durchaus wie im benachbarten Ausland Modelle in der Tagespflege gäbe, dass Tagesmütter sich selbstständig machen und mehrere Kinder betreuen würden, um überhaupt in die Nähe eines Mindestlohns zu kommen.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, in der Vorlage sei unter Punkt 7 erwähnt, dass eine Satzung in Vorbereitung sei. Aus diesem Grunde müsse man sich mit der Kinderbetreuung noch einmal beschäftigen und auch die Finanzierung und Bezahlung diskutieren. Dem Gesetz nach und so sei es auch in anderen Landkreisen und Gemeinden üblich würden Tagesmütter tatsächlich mehrere Kinder gleichzeitig betreuen. In einigen Städten würden sich mehrere Frauen zusammenschließen, Räume anmieten und gleichzeitig mehrere Kinder betreuen.

Anschließend fasst er zusammen, dass bei Tagung der Jugendämter im Bereich Weser-Ems darüber gesprochen worden sei, wie es mit den gesetzlichen Vorgaben aussehe. Auch Fragen hinsichtlich der Räumlichkeiten und des Brandschutzes müssten noch von der Kommune geklärt werden.

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Schrader führt aus, der Betrag werde erst dann zu einem Nebeneinkommen für Familien, wenn mehrere Kinder betreut würden. Die Tagespflege sei nicht so konzipiert, dass sie ein volles Erwerbseinkommen ergeben solle, sondern eine Betreuungsform, die sich aus der Nachbarschaftshilfe entwickelt habe. Der Gesetzgeber wolle die Ehrenamtlichkeit weiter fördern. Die Tagespflege sei ein niedrighschwelliges Angebot in Form von Betreuung und keine Erwerbstätigkeit.

Bezüglich der Frage der Sonderbetreuung erklärt sie, dass diese zwar vom Ministerium gesetzt aber auf keiner Fachtagung des Sozialministeriums näher ausgeführt worden sei. Die Kindertagespflege verstehe sich als eine Betreuungsform für Eck- und Notzeiten. Inwieweit es möglich sei, über Kindertagespflege auch den Nachtdienst abzusichern, könne sie im Moment für Eltern nicht sagen, da es zurzeit akute Probleme gäbe, überhaupt Pflegepersonen zu finden, die bereit seien, Kinder vor 7 Uhr morgens und in die Abendstunden zu betreuen.

Abschließend bemerkt Frau Schrader, in Niedersachsen sei es seit dem 01.01.2007 möglich, dass zwei Kindertagespflegepersonen bis zu acht Kinder in angemieteten Räumen betreuen könnten. Sie gehe jedoch davon aus, dass der Betreuungsumfang für Tagespflegepersonen in angemieteten Räumen weit über 40 Betreuungsstunden pro Wochen liegen müsse, damit sich das Angebot betriebswirtschaftlich rechne.

Herr Lutz weist darauf hin, in einer Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft sei bemerkt worden, es habe sich gerade bei alleinerziehenden Kunden herausgestellt, dass es zu ganz großen Schwierigkeiten hinsichtlich der Koordination der Kinderbetreuung komme. Hier biete das Tagesmütterprogramm vielleicht eine Möglichkeit, etwas aufzufangen, was bislang nicht richtig funktioniere. Auch wäre eine Datenbank für die Vermittlungstätigkeit hilfreich.

Um zumindest zu versuchen, ein gewisses Angebot aufzubauen, appelliert er an die Ausschussmitglieder, der Vorlage zuzustimmen. Es sei zwar klar geworden, dass es nicht darum gehe, Arbeitsplätze zu finden, sondern die Kinderbetreuung insgesamt in der Stadt zu erweitern. Außerdem würde das Landesprogramm dieses als einen Förderschwerpunkt im Bereich des Sozialministeriums sehen.

Herr Schild erkundigt sich nach den Kosten der Ausbildung zur Kindertagespflege und fragt an, ob diese evtl. von der Stadt übernommen würden.

Frau Schrader führt aus, bei den aktuellen Kursen, die zurzeit von der Evangelischen Familienbildungsstätte in Kooperation mit den umliegenden Landkreisen durchgeführt würden, werde ein Teilnehmerbeitrag in Höhe von 130 € erhoben. Doch sie bemühe sich mit der Familienbildungsstätte um eine Vereinbarung, dass die Personen als Tagespflegepersonen im Stadtgebiet zur Verfügung stünden.

Auf die Frage von **Herrn Ouedraogo** nach den Qualifikationen der Personen, die sich für eine Fortbildung entscheiden, entgegnet **Frau Schrader**, es gäbe hier keine Beschränkung. Dennoch empfehle der Deutsche Tagesmütterverein bei der Erteilung der Erlaubnis zur Kindertagespflege darauf zu achten, dass zumindest ein Hauptschulabschluss vorliege und dass die Personen auch über die nötigen sprachlichen Fähigkeiten verfügten, um die Kinder im Bereich ihrer Sprachentwicklung zu fördern und zu unterstützen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

1. die Landesmittel aus dem Programm „Familien mit Zukunft“ zur Einrichtung und personellen Besetzung eines Familien- und Kinderservicebüros, zur Qualifizierung sowie Vernetzung von Tagespflegepersonen und für Modellprojekte im Bereich der Ferienbetreuung von Kindergartenkindern und Grundschulern zu beantragen und diese Maßnahmen ab dem 01.06.2007 umzusetzen.
2. 20 Plätze in der Betreuungsform der Kindertagespflege bis Juni 2008 einzurichten.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für das Jahr 2005
Vorlage: 15/0172

Frau Pelzer-Reuter erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für das Jahr 2005. Dieser Bericht ist unter www.emden.de - Familie/Jugend - Erziehungsberatungsstelle – Downloads – einsehbar.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Quedraogo fragt an, inwieweit Migranten die Einrichtung wahrnehmen würden.

Frau Pelzer-Reuter entgegnet, der Anteil von Migranten sei bislang sehr gering. Es sei aber festzustellen, dass vor allem russische Aussiedler zunehmend häufiger sich beraten lassen würden. Sie weist aber darauf hin, dass ein Grund für den geringen Anteil von Migranten mit Sicherheit auch die sprachlichen Probleme sein könnten.

Frau Meyer bedankt sich für den interessanten Vortrag. Bezüglich der gestiegenen Zahlen bei den Neuanmeldungen zeige sich jedoch, wie viele Probleme es in den Familien gäbe. Auch halte sie eine Wartezeit von zwei Wochen nicht für vertretbar.

Frau Pelzer-Reuter führt aus, die niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychologen hätten bis zu einem Jahr Wartezeit, sodass eine Wartezeit von nur zwei Wochen relativ gering sei. Es gäbe jedoch auch Situationen, da könnten die Klienten keine zwei Wochen warten und man müsse auf dringende Probleme ganz schnell reagieren.

Hinsichtlich der gestiegenen Anmeldezahlen erklärt Frau Pelzer-Reuter, der Bedarf an Erziehungsberatung sei aufgrund der gesellschaftlichen Situation sehr gestiegen. Auch würde durch die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Bekanntheitsgrad der Erziehungsberatungsstelle zunehmen.

Herr Fooken bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und den Tätigkeitsbericht. Die Zeitungsreihe der Beratungsstelle müsste seines Erachtens Pflichtlektüre für alle Eltern werden. Er fragt an, ob die Beratungsstelle bezüglich des Standortes auch mit in die Planungen eingebunden werde.

Herr Sprengelmeyer erklärt, man müsste zwischen Erziehungsberatung und sofortiger Hilfe in einer Krisensituation unterscheiden, die dann in den Rahmen „Hilfen zur Erziehung“ falle. Aus

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

diesem Grunde würde die Erziehungsberatungsstelle auch eng mit dem sozialen Dienst zusammenarbeiten.

Im Hinblick auf den Standort bemerkt Herr Sprengelmeyer, dass hier eine Lösung angestrebt werde. Selbstverständlich werde auch die Erziehungsberatungsstelle mit einbezogen.

Herr Dietz bedankt sich ebenfalls für den ansprechenden Vortrag und fragt an, ob das Elterncafé angenommen und ob dort den Eltern bei Erziehungsfragen auch Hilfe angeboten werde.

Herr Kühl erklärt, es seien zwei Standorte ausgewählt worden. Im letzten Jugendhilfeausschuss habe man das Konzept kurz vorgestellt. Mit dem Kinderschutzbund sei vereinbart worden, dass eine Auswertung gemacht und geprüft werde, ob man die Eltern auch tatsächlich erreiche. Wenn dann diese Auswertung vorliege, könnte sie im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und dann entschieden werden, ob dieses Modellprojekt weiterzuführen sei.

Frau Fekken erinnert sich, dass vor etwa 25 Jahren seitens des Jugendamtes Elternbriefe mit Erziehungsempfehlungen verschickt worden seien. Da sie gehört habe, dass es diesbezüglich eine Neuauflage des Bundes geben solle, fragt sie an, ob das auch in Emden umgesetzt werden könnte.

Frau Pelzer-Reuter hält diese Elternbriefe für eine sehr sinnvolle Sache, die sie sich gut für Emden vorstellen könnte.

Frau Risius bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für den Bericht und die Präsentation. Aus vielen Gesprächen sei ihr bekannt, dass die Eltern sehr zufrieden seien und auch die Wartezeit von zwei Wochen in den meisten Fällen ausreiche, sofern keine Notfallsituation vorliegen würde. Auch sei man im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit auf einem guten Weg. Sie halte es für ein gutes Zeichen, dass so viele Eltern die Beratungsstelle in Anspruch nehmen würden, denn dieses sei ein erster Weg in die richtige Richtung.

Herr Kühl stellt fest, die Elternbriefe würde es in Neuauflage noch geben. Der Arbeitskreis „Neue Erziehung e. V.“ in Berlin aktualisiere diese ständig. Bis zum Jahre 1982 habe auch eine flächendeckende Verteilung bei der Stadt Emden stattgefunden. Im Moment werde recherchiert, was eine neue flächendeckende Verteilung angefangen mit den jüngeren Jahrgängen kosten werde. Diese Briefe seien inhaltlich und qualitativ sehr gut, doch müsse auch mit den Eltern gearbeitet werden. Kindergärten, Beratungsstellen, Schulen usw. müssten die Eltern auf bestimmte Dinge hinweisen, sodass die Anregungen der Elternbriefe letztendlich auch in den Familien umgesetzt würden.

Herr Ouedraogo fragt an, welche Überlegungen es gäbe, Migranten zu erreichen.

Frau Pelzer-Reuter entgegnet, die Aufgabenbereiche der Erziehungsberatungsstelle seien vielfältig. So habe man im Jahre 2005 die Aktion gestartet, einen Gesprächskreis für Aussiedlermütter einzurichten. Doch müsse man auch bedenken, wie das alles organisatorisch zu schaffen sei. Aber es sei sicherlich sehr sinnvoll, in dieser Weise auch noch weitere Überlegungen anzustellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Änderungen im Ferienpassanmeldeverfahren
Vorlage: 15/0258

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Kühl trägt vor, die Problematik des ersten Ferienpassanmeldetages sei schon oft im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden. Da es regelmäßig Kritik hinsichtlich des Anmeldeverfahrens gegeben habe, habe die Verwaltung sich bei anderen Kommunen erkundigt, wie dort verfahren werde. Nunmehr wolle man ein komplett anderes Verfahren unter Wegfall des ersten Anmeldetages erproben.

Er erläutert anschließend das Verfahren und stellt dieses anhand eines Musters vor. Abschließend bittet er darum, der Verwaltung für die Umsetzung dieses Verfahren ein wenig Zeit zu geben, da es mit Sicherheit zu anfänglichen Schwierigkeiten kommen werde. Dennoch sei er davon überzeugt, dass dieses Anmeldeverfahren gerechter und zufriedenstellender sei.

Auf die Frage von **Frau Meyer** hinsichtlich der „Geschwisterregelung“, entgegnet **Herr Kühl**, dass diese Regelung natürlich nicht nur die Geschwister, sondern auch befreundete Kinder betreffen würde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 10 Essensversorgung/Küchenanbau in Barenburg ;
- Planungsstand -
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2007 -
Vorlage: 15/0234/1

Herr Bornemann begründet den Antrag damit, dass das Thema bereits seit 3,5 Jahren akut sei, jedoch bisher nicht in den Ausschüssen behandelt worden sei. Es sei in die Haushaltsberatungen und in den Rat gegangen, ohne dass eine sachlich fundierte Diskussion über die Mittel stattgefunden habe. Bevor nunmehr die Mittel ausgegeben werden, sollten zumindest die Grundlagen und die Konzepte bekannt sein.

Herr Sprengelmeyer führt aus, dieses Thema sei bereits in der letzten Schulausschuss-Sitzung behandelt worden. Fakt sei jedoch, dass der Rat beschlossen habe, eine Küche in der Kindertagesstätte und eine Küche in der Schule Grüner Weg zu bauen. Zurzeit verhandle die Verwaltung mit der Kindertagesstätte und dem Architektenbüros, wie letztlich der Plan aussehe und welche Auswirkungen er habe. Dann könne auch das beantragte Konzept vorgestellt werden.

Herr Bornemann bemerkt, die SPD-Fraktion habe noch einmal mit beiden Trägern unterhalten und wenn jetzt dieser Weg gegangen werde und diese Anforderungen erfüllt würden, so könnte auch die SPD-Fraktion damit zufrieden sein.

Herr Kühl erklärt, die in der Vorlage genannten fünf Punkten seien die Anforderungen, die die Verwaltung gemeinsam mit dem Kindergarten heraus kristallisiert und dem Architektenbüro auf dem Weg gegeben habe. Auch seien noch Abwasser- und Gasleitungen überprüft worden, um eine bestmögliche Lösung zu finden. In der kommenden Woche würde die abschließenden Gespräche mit dem Kindergartenträger geführt, um letztendlich auch die gemeinsamen Vorschläge eines Umbauplanes vorlegen zu können.

Bezüglich der Finanzierung trägt Herr Kühl vor, es sei noch nicht ganz genau bekannt, ob zusätzliche Sanierungsmittel beantragt werden müssten. Diese Fragen seien noch mit der Bau-BeCon zu klären, um letztendlich eine solide Gesamtfinanzierung dieses Projektes zu erreichen.

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Bornemann zeigt sich überrascht, dass es plötzlich andere Möglichkeiten aus diesem Programm geben solle. Er habe es der Presseberichterstattung entnommen, dass es keine zusätzlichen Mittel gäbe. Auch habe der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt in seiner Sitzung den Wirtschaftsplan für das Projekt „Soziale Stadt“ einstimmig zur Kenntnis genommen. Seines Erachtens dürfte es problematisch sein, wenn man an diesen Mitteln noch große Veränderungen vornehmen wolle, da ja dort als Schwerpunkt auch die Wohnumfeld- und Wohnungsanierung auf dem Programm stehe. Es dürfte schwierig sei, Mittel wegzunehmen, um sie woanders einzusetzen. Auch habe er bereits während der Ratssitzung darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit bestehe, dass sich der Trägere mit weiteren zusätzlichen Mitteln beteiligen würde, wenn es dort entsprechende Vereinbarungen gäbe, die zu besseren Ergebnissen führen würden.

Herr Schild hält die Verhaltensweise der Verwaltung und der Mehrheitsparteien von CDU, SPD und FDP zu diesem Thema geradezu katastrophal. Seit Jahren werde dem Kindergarten der Paulusgemeinde eine neue Küche versprochen. Eine Umsetzung dieses Projektes werde aber hinausgezögert, obwohl die Kirchengemeinde mehr als 18.000 € gesammelt habe, um dieses Geld in die Umbaukosten einfließen zu lassen.

Weiter führt er aus, in der Grundschule Grüner Weg darf seit Jahren aus hygienischen Gründen kein Essen mehr zubereitet werden. Es werde dort lediglich Tiefkühlware angeboten. Auch gäbe es sehr gute Gründe für eine gemeinsame Küche, die den Bedürfnissen beider Einrichtungen gerecht werde. Durch frische Speise könnte eine abwechslungsreiche Ernährung angeboten werden, durch hohe Nutzungszahlen der Essensteilnehmer verringerten sich die Kosten, dadurch könnte das Essen preisgünstiger angeboten werden. Letztendlich würde auch die Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule gefördert werden. Seiner Meinung nach könnte der Kämmerer die Mittel bereitstellen, wenn sich die drei großen Parteien nicht aus eigener Profilierungssucht der besten und nachhaltigsten Lösung für beide Einrichtungen verschließen würden.

Herr Lutz weist darauf hin, dass diese Sache im Rat lange diskutiert und abschließend beschlossen worden sei. Man könne jedoch die eine oder andere Küche auch kaputt reden. Er erinnert daran, dass bislang noch keine Genehmigung für den Haushaltsplan vorliege und evt. die Einnahmen im Vermögenshaushalt anderweitig einzusetzen seien.

Bezüglich des Hinweises von Herrn Bornemann erklärt Herr Lutz, dass die Möglichkeit bestehe, Verschiebungen in den Jahren vorzunehmen. Im Hinblick auf den vom Ministerium genannten Begriff „Sanierungsbedingter Mehraufwand“ müsse die Verwaltung zunächst noch eruieren.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Beitragsfreies Vorschuljahr im Kindergarten;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.02.2007
Vorlage: 15/0259

Frau Risius erklärt, die in der Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich des beitragsfreien Kindergartenjahres gestellten Fragen seien durchaus von dem Finanzierungsmodell des Kulturministeriums beantwortet worden.

Herr Lutz entgegnet, das sogenannte dritte Kindergartenjahr sei jetzt nach dem Gesetzesentwurf definiert. Es handele sich um das letzte Kindergartenjahr vor dem Besuch der Schule. Auch sei geplant, dass den Kommunen, die eine Beitragsfreiheit für die Eltern vorsehen, einen Zuschuss in Höhe von 120 € für 6-Stunden-Betreuung und in Höhe von 160 € für 8-Stunden-

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Betreuung, gewährt werde. Seiner Ansicht hätte man das Geld besser verteilen können, um den Kommunen eine Sicherheit zu geben. Wie es für dieses Haushaltsjahr ablaufen werde, könne er jedoch noch nicht sagen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vor Bekanntgabe der mündlichen Mitteilungen erklärt **Frau Grix**, die Vorsitzende des Stadtjugendringes Emden habe sie bezüglich der Änderung der Bezuschussungsrichtlinien angesprochen. Frau Grix bittet die Verwaltung, diese Richtlinien als Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzungen zu beraten.

1. Jugendschutzkontrollen

Herr Sprengelmeyer trägt vor, in der Nacht auf den 25.03.07 sei eine ostfrieslandweite Jugendschutzkontrolle gemeinsam mit Vertretern des Jugendamtes, der Polizei und des Zolls durchgeführt worden. In Emden habe es im Gegensatz zu den vorherigen Kontrollen im größeren Rahmen keine Auffälligkeiten gegeben. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen habe sehr gut funktioniert, sodass diese Aktion insgesamt als sehr erfolgreich bezeichnet werden könne.

2. Schöffenwahlen

Herr Sprengelmeyer gibt bekannt, im nächsten Jahr würden neuen Schöffenwahlen durchgeführt. Hierzu finde eine Fortbildungstagung für Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen, Gemeindevertreter, Ratsmitglieder etc. am 13.06.07 statt. Interessierte möchten sich bitte in seinem Vorzimmer melden. Das Einladungsschreiben ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

3. Jugendraum in Wybelsum

Herr Kühl teilt mit, es liege eine Anfrage der CDU-Fraktion vor. Zwar gebe es mittlerweile ein paar neue Entwicklungen und Ideen, wie dieser Jugendraum umgesetzt werden könne. Doch bitte er noch um ein wenig Geduld, da die verschiedenen Vorschläge vor Ort noch einmal diskutiert werden müssten, um die bestmögliche Lösung zu finden.

4. Schulsozialarbeiterstellen

Herr Kühl berichtet, seitens der Landes werde ab dem 01.08.2007 das Geld für eine Schulsozialarbeiterstelle für die Hauptschule Barenburg und für die Hauptschule Wybelsum zur Verfügung gestellt.

5. Osterferienprogramm

Herr Kühl erklärt, das Osterferienprogramm sei auch wieder sehr erfolgreich durchgeführt worden. In diesem Jahr hätten wieder über 800 Kinder an den verschiedensten Veranstaltungen teilgenommen. Herr Kühl bedankt sich bei den Vereinen für die geleistete Arbeit.

6. Vorstellung des Umbaukonzeptes Kinder- und Jugendhaus Barenburg

Herr Kühl erinnert an die o. g. Einladung. Hier habe man die Möglichkeit, sich zu informieren und Fragen hinsichtlich der Umplanung des dortigen Kinder- und Jugendhauses zu stellen.

Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 13 Anfragen

1. Jugendraum in Wybelsum

Herr Grix bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Kühl unter TOP 12 zum Jugendraum in Wybelsum. Aufgrund seiner persönlichen jahrelangen Erfahrungen halte er weder den ehemaligen Saal als auch den Boden in dem Gebäude nicht für geeignet, da es schon früher ständig zu Reibereien mit den Betreibern des „Friesenkruges“ gekommen sei. Auch sei schon über die Verlegung des Jugendraumes in den Keller diskutiert worden. Er habe vor einiger Zeit vorgeschlagen, einen Jugendtreff auf dem Gelände der Schule Wybelsum aus Holz herzustellen. Ein Gespräch mit dem Leiter der Schule habe bereits stattgefunden. Räumlich sei dieses dort möglich. Dieses Gebäude könnte s. E. durchaus mit Beteiligung der Jugendlichen und der Dorfgemeinschaft sowie der AAFÖG hergestellt werden.

Herr Fooken ist der Ansicht, bei der Diskussion gehe unter, dass seitens der Kindergartenleitung ein sogenannter Mehrgenerationenhof im Gespräch sei. Wenn es bis Mitte d. J. es zu einem vernünftigen Finanzierungskonzept kommen sollte, schlage er vor, auf den Kellerraum und das Holzgebäude zu verzichten und nach Auszug des Kindergartens in den Mehrgenerationenhof die Räumlichkeiten des Kindergartens zu nutzen. Außerdem könnten diese Räumlichkeiten auch noch von der Schule Wybelsum genutzt werden. Er appelliere an die Beteiligten, zunächst die Erstellung des Konzeptes abzuwarten und dann zu entscheiden.

Frau Grix bittet die Verwaltung, hier tätig zu werden und in der nächsten Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 23.05.2007 zu berichten.

2. Jugendtreff Port Arthur/Transvaal

Frau Meyer erkundigt sich nach dem Stand bezüglich des Jugendtreffs Port Arthur/Transvaal.

Herr Kühl antwortet, sei dem 01.04.07 sei dort eine AB-Stelle eingerichtet. Der neue Mitarbeiter sei zurzeit dabei, die angemieteten Räumlichkeiten am Dollartplatz für das Stadtteilbüro und den Clubraum zu renovieren. Da die Arbeiten schon recht weit fortgeschritten seien, könne in Kürze dort mit den Aktivitäten begonnen werden.

3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Auf die Frage von **Frau Jacobs** nach den Ergebnissen der Arbeitsgruppen im vergangenen Jahr antwortet **Herr Sprengelmeyer**, dass es aufgrund personeller Engpässe in der Jugendhilfeplanung im Moment noch zu keiner Umsetzung der Ergebnisse gekommen sei.

4. Essensversorgung in Barenburg

Herr Ouedraogo findet es bemerkenswert, wie sich der Stadtteilbeirat und auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für diese Küche einsetze. Da in diese Einrichtungen Menschen kämen, die es sehr nötig hätten, würde er es sehr begrüßen, wenn das vorher geplante Programm umgesetzt würde. Die Einrichtung diene auch der Wertsteigerung des Stadtteils.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.